



Themenheft
Klimagerechtigkeit

Gutes
KLIMA *Gutes*
LEBEN

KLIMASCHUTZ GLOBAL GERECHT



Weil es uns bewegt!

Mission
EineWelt

Inhaltsverzeichnis

- 2 Editorial
- 3 Ungerechtes Klima - die Klima-Situation im Überblick
- 6 Wir sitzen nicht alle in einem Boot! - theologische Überlegungen
- 8 Angst als Antrieb für kollektives Handeln - Interview mit Elaine Suwito
- 10 „Die Industrieländer müssen über bloße Versprechungen hinausgehen“ - Interview mit Warime Guti
- 13 Ziel: 10.000 neue Mangroven am Indischen Ozean - Portrait Maro Maua
- 15 Ein gutes Leben für alle Menschen - Interview mit Alberto Acosta
- 17 Handabdruck statt Fußabdruck - aktiv werden für den Klimaschutz
- 19 Projekte, Materialien, Multimedia



Foto: Kevin Snyman/Pixabay

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist ein wegweisendes Urteil, das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Anfang April 2024 gesprochen hat. Auf Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention entschied das Gericht im Fall der Klage der Schweizer Klimaseniorinnen: Klimaschutz ist Menschenrecht. Das könnte eine Initialzündung für weitere Urteile sein. Damit würde sich perspektivisch der Druck auf Regierungen weltweit erhöhen, mehr für Klimaschutz zu tun.

Auch für die Menschen in den Partnerkirchen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, die teilweise schon seit Jahren massiv unter dem Klimawandel leiden, steckt somit in diesem Richterspruch eine greifbare Hoffnung.

Für uns ist die Entscheidung des Gerichtshofs für Menschenrechte eine Bestätigung für unsere Arbeit und auch ein Auftakt für unser Jahresthema „Klimagerechtigkeit“, wie er passender nicht sein könnte. Seit Jahren erleben wir die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen in unseren Partnerkirchen. Und ebenso lange setzen wir uns dafür ein, dass in Deutschland und Europa mehr für Klimaschutz getan wird. Genauso wichtig ist es aber, anzuerkennen, dass wir mit unserer Lebens- und Wirtschaftsweise die Hauptverursacher*innen des Klimawandels sind. Wir müssen mehr dafür tun, dass die entstandenen Schäden in den Ländern des Globalen Südens so gut wie möglich behoben werden. Und wir müssen viel konsequenter als bis

jetzt dabei helfen, dass Länder, die von den Folgen des Klimawandels bedroht sind, sich möglichst gut an die zu erwartenden Veränderungen anpassen können.

Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Nächstenliebe. Bitte machen Sie mit und unterstützen uns auf diesem Weg.

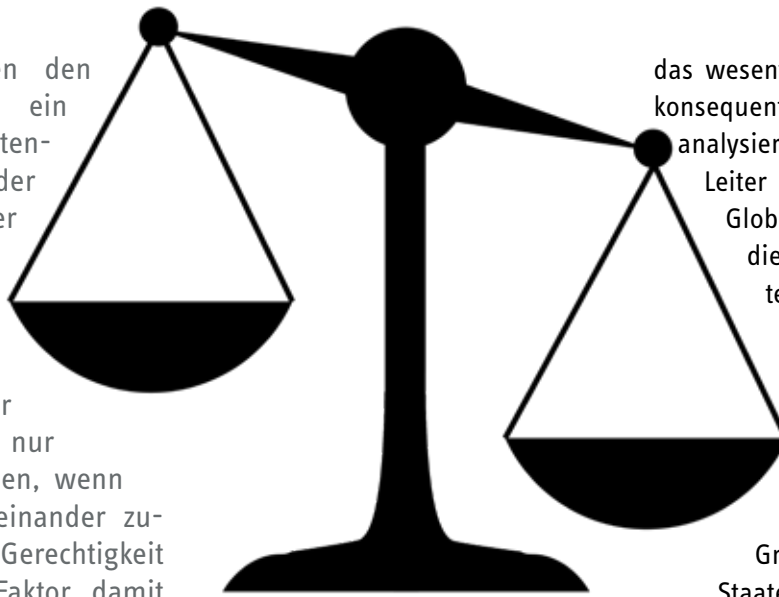
Wir laden Sie herzlich dazu ein!
Ihre und Ihr

Dr. Gabriele Hoerschelmann, Direktorin

D. Min. Hanns Hoerschelmann, Direktor

Ungerechtes Klima

Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein drängendes existenzielles Problem der Menschheit. Auf der Suche nach Lösungen wird klar: Ein grundsätzliches Umsteuern ist notwendig. Der Klimawandel kann nur eingedämmt werden, wenn alle weltweit miteinander zusammenarbeiten. Gerechtigkeit ist ein wichtiger Faktor, damit das klappen kann.



das wesentlich tiefgreifender und konsequenter tun als bis jetzt“, analysiert Jürgen Bergmann, Leiter des Referats Bildung Global bei Mission EineWelt, die Forschungsberichte. „Wenn die Staaten dieser Welt so weitermachen wie bisher, wird sich die zu erwartende Erderwärmung laut Weltklimarat bei plus-minus 2,7 Grad bewegen. Wenn die

Staaten ihre bisher gesteckten Klimaziele einhalten, wäre die Erderwärmung immer noch bei 2,4 Grad. Wenn alle weiteren Versprechungen eingehalten werden würden, wären vielleicht rund 1,8 Grad möglich“, referiert der Agrarökonom den jüngsten Bericht des IPCC. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Für das 1,5-Grad-Ziel müsste noch einmal wesentlich mehr getan werden als jetzt. Einem IPCC-Sonderbericht von 2018 nach müssten dafür die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2030 in etwa halbiert werden. Bis 2050 müsste die Welt CO₂-neutral sein.

Die Folgen werden sichtbar

Das sind die Zahlen. Die Auswirkungen des Temperaturanstiegs bis jetzt, 2024, sind inzwischen überall auf der Welt deutlich wahrnehmbar. Dass der Meeresspiegel derart angestiegen ist, dass im Pazifik erste Inseln versunken sind und weitere versinken werden. Dass immer häufigere und immer heftigere Stürme verheerende Schäden anrichten. Dass der Anstieg der Meerestemperatur ganze Ökosys-

Die mieseste Nachricht zuerst: Wie der EU-Klimadienst Copernicus Anfang Februar vermeldete, hat die globale Durchschnittstemperatur von Februar 2023 bis Januar 2024 erstmals 12 Monate am Stück die Marke von 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter überschritten. Genau das zu vermeiden, war eigentlich das große Ziel. Im Jahr 2018 bei der Weltklimakonferenz in Paris hatte sich die Staatengemeinschaft darauf geeinigt, die Erderwärmung möglichst auf eben diese 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Allerdings ging der Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) bis vor kurzem, beispielsweise in seinem Bericht zur Klimakonferenz in Glasgow 2021, davon aus, die 1,5 Grad-Marke werde in den 2030er Jahren erreicht. Im Jahr 2018, also zum Zeitpunkt der Einigung auf das 1,5 Grad-Ziel, lautete die Prognose der Forscher*innen noch auf 2040. Jetzt ist klar: Auch wenn ein Teil der Erwärmung letztes Jahr auf El Niño zurückgeht und

ein Jahr auch noch kein langfristiger Trend ist: Die Erderwärmung schreitet viel schneller voran als befürchtet. Und es geht weiter mit den traurigen Superlativen: Der Januar 2024 ist – vorerst, muss man befürchten – der wärmste Januar seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Nicht mehr aufzuhalten

Dass die Erderwärmung bei 1,5 Grad Celsius stoppt, wäre derzeit ein Wunder im wahrsten Sinne des Wortes: Es wäre gegen alle Wahrscheinlichkeiten und unmöglich plausibel zu erklären. Denn das Zutun der gesammelten Menschheit reicht bisher dafür nicht aus. Bei weitem nicht.

Ohnehin ist der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten. Laut IPCC wäre eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 bis 1,6 Grad das Optimum, das theoretisch noch machbar sein könnte. „Doch dafür müsste die Menschheit sofort handeln. Und vor allem: Sie müsste



Das Flüchtlingscamp in Kakuma/Kenia -
Fluchtpunkt auch für Klimaflüchtlinge

Foto: Thomas Nagel

teme ruiniert, und damit auch den Menschen, die dort leben, die Lebensgrundlage. Dass lange andauernde Dürren Menschen in Massen zur Flucht zwingen – wegen Wassermangel, aber auch wegen der davon ausgelösten Verteilungskämpfe. Dass in der Arktis das ehemals ewige Eis schmilzt. Alles das – und noch sehr viel mehr! – ist schon seit Jahrzehnten alarmierend. Aber es war aus Sicht der Industrieländer im Globalen Norden in gewisser Weise ein abstraktes Problem: Wenn es darum ging, wirklich stringente Gegenmaßnahmen zu ergreifen, waren die Folgen des Klimawandels dann halt doch ziemlich weit weg. Der reiche Teil der Welt leistete sich einen weiteren Luxus und spielte auf Zeit.

Doch inzwischen sind die Katastrophen näher gekommen. Dürren, Waldbrände, Stürme, Überschwemmungen, teilweise in bisher ungekannter Intensität, häufen sich auch in Europa. In Deutschland waren vor allem die Flutkatastrophe im Ahrtal und die

ungewöhnlich heißen Sommer der letzten Jahre, die regional zu akuter Wasserknappheit führten, tiefe Einschnitte in das Denken der Bürger*innen und der politisch Verantwortlichen. Klimaschutz mutierte von der mittel- bis langfristigen Aufgabe mit allenfalls sekundärer Priorität zum Top-Thema mit akutem Handlungsbedarf. Der Druck steigt, aber der Weg vom Reden zum Handeln ist mitunter weit. Immerhin: Der schrittweise Umstieg von der Energieerzeugung mit fossilen Brennstoffen wie Kohle und Gas auf erneuerbare Energien nimmt in den europäischen Ländern, wenn auch viel zu langsam und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Land zu Land, mehr und mehr Fahrt auf. Aber Krisen wie die Kriege in der Ukraine und in Gaza mit all ihren Wechselwirkungen und Folgen tragen nicht eben dazu bei, den Umbau in Energieversorgung und Industrie zu beschleunigen.

Dass die Bemühungen immer noch nicht ausreichen, dokumentiert eine weitere Hiobsbotschaft: Wie

die Forschungsinitiative Global Carbon Project kürzlich vermeldete, hat 2023 die Verbrennung fossiler Energieträger zu einem neuen Spitzenwert in Sachen weltweite Emissionen geführt.

Schieflagen verhindern Lösungen

Um den Klimawandel zu stoppen und seine Folgen, so gut es geht, in Grenzen zu halten, sind globale Lösungen notwendig, die möglichst von allen Staaten der Welt mitgetragen werden. Soweit so klar, sonst gäbe es nicht seit 1979 Weltklimakonferenzen, die seit 1995 mit Ausnahme des Jahres 2020 jährlich stattfinden. Was die Suche nach Lösungen so ungeheuer schwierig macht, dass auch in Jahrzehnten keine wirklichen Durchbrüche erzielt werden konnten, sind diverse Schieflagen und Interessenskonflikte.

Zuerst einmal: Der Klimawandel ist per se ungerecht. Seine Auswirkungen treffen nicht die Verursacher*innen am härtesten, sondern Länder, die selbst wenig bis nichts zum Klimawandel beitragen. Viele Länder Afrikas sind von Extremwetterereignissen schwer betroffen. Oft sind die Wechsel zwischen Trockenperioden und Regenzeiten nicht mehr verlässlich kalkulierbar. Dazu kommt, dass die einzelnen Wetterereignisse immer öfter besonders heftig ausfallen, beispielsweise in Form von Starkregen und Überschwemmungen. Die Folgen sind schlechte oder komplett vernichtete Ernten, Ernährungsunsicherheit, Hunger, Krankheiten und mancherorts Verteilungskämpfe. Besonders schlimm ist die Situation am Horn von Afrika oder im Südsudan, wo lange anhaltende Dürreperioden die Menschen zwingen, vor Hunger und Tod in

die Nachbarländer zu fliehen. Dabei trägt Afrika insgesamt nur zu vier Prozent der weltweiten Kohlenstoffdioxid-Emissionen bei. Etwas mehr als ein Drittel davon kommt aus Südafrika.

Noch krasser ist das Missverhältnis im Pazifikraum. Der Anteil der Pazifischen Inseln am weltweiten CO₂-Ausstoß liegt bei nicht einmal 0,1 Prozent. Dennoch gehören sie – siehe oben – zu den Regionen der Welt, die von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sind.

Am meisten Kohlendioxid emittieren die Industrieländer, allen voran China und die USA. Von den weltweit 38 Milliarden Tonnen CO₂, die 2021 in die Atmosphäre gepustet wurden, kamen über 80 Prozent von den G20-Staaten.

Zu wenig Ausgleich, wenig Chancen

Eigentlich, darum dreht sich regelmäßig ein Teil der Verhandlungen bei den Weltklimakonferenzen, müssten die Länder, die den Klimawandel hauptsächlich verursachen, den Ländern, die darunter hauptsächlich leiden, Schadensersatz leisten. Das wäre – angesichts dessen, dass vieles gar nicht wieder gutzumachen ist – wenigstens halbwegs gerecht.

Bei der 28. Weltklimakonferenz (COP28) Ende 2023 in Dubai wurde immerhin der ein Jahr vorher bei der COP27 angekündigte Fonds für klimawandelbedingte Schäden und Verluste startklar gemacht. Die Finanzierung des Fonds erfolgt aber auf freiwilliger Basis. Bisher sind ein paar hundert Millionen US Dollar zusammengekommen. Zu wenig angesichts der horrenden Schäden.

Gleichzeitig gibt es einen Rückgang bei der Finanzierung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, zu der sich die Industrieländer im Pariser Klimaabkommen verpflichtet haben. Es wirkt in der Gegenüberstellung seltsam bizarr, dass die Mittel, die armen Ländern bei der wesentlich billigeren Vermeidung von klimabedingten Schäden helfen sollen, zu Gunsten der wesentlich kostspieligeren Finanzierung der Reparatur von Schäden reduziert werden.

Handelsverträge machen alles noch schlimmer

Zur unzureichenden Hilfe und Entschädigung kommt die Praxis der weltweiten Handelsbeziehungen zwischen Industrieländern und Ländern des Globalen Südens. Auch sie trägt nicht wirklich dazu bei, dass die ärmeren Handelspartner sich weiterentwickeln können. Selbst aktuell verhandelte Verträge wie das EU-Mercosur-Abkommen machen da keine Ausnahme. Schon im Rahmen der derzeit bilateral geregelten Handelsbeziehungen sind die Mercosur-Länder überwiegend Lieferanten unverarbeiteter Produkte. Im Jahr 2020 importierte die EU hauptsächlich Agrarprodukte wie Soja aus diesen Ländern. Laut Thomas Fritz, Referent für Handel und Investitionen

bei PowerShift, ist das ein „Anreiz für mehr Raubbau, um die Sojaproduktion auszuweiten und dafür die Felder zu vergrößern.“ Wald wird gerodet, die CO₂-Bindung lässt nach und in der Folge steigen die Treibhausgas-Emissionen. „Es ist unglaublich, dass man meint, ein solches Abkommen, das den Anbau waldfährender Produkte begünstigt, in Zeiten des Klimawandels abschließen zu müssen“, wundert sich der Handelsexperte. Haarsträubend ist auch die Situation in Chile. Ein Handelsvertrag mit der EU sorgt unter anderem dafür, dass europäische Firmen in der Atacamawüste im großen Stil Lithium, wichtiger Bestandteil von Akkus in Handys oder E-Autos, abbauen können. Das verschlingt riesige Mengen an Wasser und vergiftet die Umwelt – zu Lasten der dortigen Bevölkerung und zu Lasten des Klimas.

Nach wie vor verfolgen die Industrieländer eine Strategie der Dekarbonisierung bei fortgesetztem Wachstum. Der Globale Süden wird möglichst billig abgespeist. Das ist ungerecht und geht über Leichen. Und: Es wird nicht funktionieren. Wir müssen umdenken: Klimagerechtigkeit jetzt!

Thomas Nagel



Wir sitzen nicht alle in einem Boot!

Die Lasten des Klimawandels sind ungleich und ungerecht verteilt



Foto: privat

Tina Scheibenberger

Dass der Zustand des Klimas auf unserem Planeten bedrohlich ist, darüber sind sich alle Klimaexpert*innen einig. Kein Zweifel besteht auch daran, dass es die anhaltenden Treibhausgasemissionen sind, die starke Klimaänderungen und Extremwetterereignisse auf der ganzen Welt verursachen. Der Klimawandel ist menschengemacht.

Die Erwärmung der unteren Atmosphäre und der Ozeane, die Veränderungen des globalen Wasserkreislaufs, die weltweite Abnahme von Eis und Schnee, der Anstieg des mittleren globalen Meeresspiegels, veränderte Jahreszeiten, Hitzewellen, Überflutungen, Starkniederschläge, Dürren und tropische Wirbelstürme – diese apokalyptisch anmutende Auswahl ist nur ein Teil der bedrohlichen Symptome der Klimakrise.

Die Klimakrise betrifft uns alle, aber auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Vom Klimawandel und seinen bedrohlichen Wellen sind

alle Länder der Welt betroffen. Allerdings leiden durchschnittlich diejenigen, die am meisten zum Klimawandel beigetragen haben, am wenigsten unter den Auswirkungen. Und umgekehrt sind diejenigen, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, im Schnitt viel stärker den Risiken ausgesetzt. Auch was die Auswirkungen des Klimawandels betrifft, sitzen die Menschen also nicht alle im sprichwörtlichen gleichen Boot.

Vielmehr sind die Zustände unserer Boote sehr unterschiedlich: Arme Menschen sitzen in einem Boot, das vielleicht schon ein oder mehrere Lecks hat und deswegen dem Untergang nahe ist. Kleinbauern im Globalen Süden sitzen in einem einfachen Fischerboot, und ihnen fehlt ein Ruder, um gegen die hohen Wellen des Klimawandels anzukämpfen. Dagegen sitzt die reiche und wohlhabende Gesellschaft im Globalen Norden recht komfortabel auf einem Luxusdampfer, der mit den Wellen (noch) gut zurechtkommt.

Gerecht ist das nicht.

Das Konzept der Klimagerechtigkeit ist ein Aufschrei gegen diese Ungerechtigkeit und ein Aufruf für mehr soziale Gerechtigkeit weltweit. Klimagerechtigkeit beinhaltet den Kampf für soziale Gerechtigkeit, der anerkennt, dass nicht alle die gleiche Verantwortung für die Kli-

makrise tragen. Soziale Gerechtigkeit basiert auf der grundlegenden Würde jedes einzelnen Menschen und strebt deshalb ein besseres Leben für alle an. Bildlich gesprochen: Es darf uns – vor allem auch als Christ*innen! – nicht egal sein, dass der Zustand der Boote anderer Menschen miserabel ist. Im Gegenteil: Es ist unser aller Pflicht, dafür zu sorgen, dass sich alle in einem Boot oder besser noch auf einem Schiff befinden, auf dem man möglichst gut mit den Wellen der Klimakrise zurechtkommen kann.

Die Vision von einem globalen Reich Gottes, in dem besonders den Armen Gerechtigkeit widerfährt und Gottes Option für die Armen in die Tat umgesetzt wird, ist für mich motivierend, für mehr soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Bei Klimagerechtigkeit geht es auf der einen Seite um den Kampf für soziale Gerechtigkeit, auf der anderen Seite auch um einen neuen, nachhaltigen und umweltschonenderen Lebensstil. Beides ist beim Klimawandel von großer Relevanz. Oder mit anderen Worten: Es geht um die Mitmenschen, aber auch um die Schöpfung insgesamt. Diese beiden Seiten lassen sich nicht voneinander trennen.

In der Schöpfungsgeschichte können wir davon lesen, dass Gott den Menschen aus Erde formte.

Das hebräische Wort für Erde ist „adamah“ und das hebräische Wort für Mensch ist „adam“. Diese sprachliche Nähe der beiden Wörter bezeugt die enge Zusammengehörigkeit des Menschen mit dem Erdboden. Der Boden ist gemäß der Schöpfungsgeschichte Grundlage unseres menschlichen Daseins und Lebens. Wie viel mehr gilt es, den Erdboden zu bewahren, mit dem Wissen, dass die Erde nicht dem Menschen gehört, sondern Gott. Wie können wir nur die Grundlage unseres eigenen Daseins zerstören?

Vielleicht ist mal wieder die Sünde an allem schuld! Zusammen mit Jesu Worten könnten wir bezeugen: „Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach.“ (Mk 14,38) Dass das Fleisch schwach ist, steht außer Frage, vor allem, wenn das Gute zu erreichen etwas Anstrengung kostet, wie bei unserer Verantwortung für unsere Mitgeschöpfe und die Schöpfung insgesamt.

Die Sünde hat zu einem gestörten Mensch-Gott-Verhältnis geführt, wohl aber auch zu einer gestörten Mensch-Mitmensch-Beziehung und zu einer gestörten Mensch-Natur-Beziehung. Die Sünde ist gemäß Paulus (Röm 8,22) daran schuld, dass die ganze Schöpfung mit uns seufzt, sich ängstigt und nach Erlösung sehnt. Die Erlösung der Schöpfung erfordert jedoch eine Umkehr des Menschen, einen radikalen Wandel im Lebensstil. Gottes Bestimmung für unser Leben schließt die Verantwortung für unsere Mitgeschöpfe und die gesamte Schöpfung ein. Wir sind alle Adressaten dieses Rufes zur Umkehr, zur Neubesinnung und zu einer gelebten „Ethik des Genug“. Große Frage bleibt: Sind wir bereit

dazu, unsere eigenen Lebensstandards und den damit verbunden Wohlstand und Luxus zurückzuschrauben, mit der Absicht, einen nachhaltigeren Lebensstil zu führen und damit die bedrohlichen Auswirkungen der Klimakrise wenigstens einzudämmen?

„Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern.“ Viele kennen sicherlich diesen bekannten Kanon, der uns vielleicht auch angesichts der großen Fragen und Herausforderungen der Klimakrise Mut machen kann.

Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern: An einem kleinen Ort im Südwesten Tansanias, in Kidugala, wo ich derzeit als Dozentin an der Bibelschule arbeite, richten die knapp 150 Theologiestudierenden viele kleine Gärten der Hoffnung ein. Mit diesen Gemüse- und Obstgärten, die mit ausschließlich natürlichem Dünger gedüngt werden, will sich die Gemeinschaft am Campus der Bibelschule selbst versorgen. Diese Gärten tun nicht nur dem Erdboden gut, sondern auch dem Menschen, dessen Lebensgrundlage der Erdboden ist. Für diese Gärten am Campus gibt es ein Leitwort, das auf Kisuaheli wie folgt lautet: „Tunza uumbaji ili ukutunze.“ – ins Deutsche übersetzt: „Sorge für die Schöpfung, damit sie für dich sorgt!“ Diese kleinen Paradiese, die im Rahmen des Fachs „Grüne Theologie“ an der Bibelschule in Kidugala entstanden sind, tun der Schöpfung Gottes gut, aber auch den Studierenden selbst. Die Studierenden erfreuen sich am guten Essen, aber auch an den schattigen Erho-

lungsplätzen unter den gepflanzten Bäumen und Bananenstauden. Zusätzlich geben die Studierenden und Dozenten auch Seminare für Menschen in den Gemeinden, um ihr Wissen weiterzugeben. Durch diese Seminare können viele von dem Wissen profitieren, wie man nachhaltig mit dem Erdboden, unserer Lebensgrundlage, umgehen kann, wie man für die Schöpfung sorgen kann, damit sie für uns sorgt.

Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern: Vielleicht wird eines Tages die Mensch-Natur-Beziehung wieder in Ordnung und die Schöpfung wieder gut sein. Vielleicht wird auch die Mensch-Mitmensch-Beziehung wieder harmonisch sein und die Gerechtigkeit wieder einen Platz auf der Erde haben.

Und dann könnte es sogar sein, dass wir alle in einem Boot sitzen und die Wellen der Klimakrise sich gelegt haben.

Tina Scheibenberger



Angst als Antrieb für kollektives Handeln

Im Interview erklärt die Psychologische Psychotherapeutin Elaine Suwito, die seit 2020 Mitglied bei Psychologist/Psychotherapists For Future e.V. ist, wie Klimaangst entsteht, und wie wir sie als Antrieb nutzen können, unser Verhalten positiv zu verändern.

Der Klimawandel und dessen Folgen machen vielen Menschen Angst, man spricht auch von Klimaangst, was bedeutet das eigentlich konkret?

Elaine Suwito: Aus psychologischer Sicht kann man Klimaangst als eine angemessene emotionale Reaktion auf die aktuelle und drohende Gefahr verstehen, die durch die Klimakatastrophe und ihre Folgen entsteht. Es ist also keine pathologische, „gestörte“ Reaktion, sondern durchaus gesund, da wir durch die Angst die Energie bekommen, die uns ins Handeln kommen lässt, sofern wir uns nicht von der Angst lähmen lassen. Kollektives Handeln ist das, was wir angesichts der Krise ja unbedingt brauchen.

Was kann helfen, um solche Gefühle der Klimaangst zu überwinden bzw. positiv zu nutzen?

Emotionen sind wichtig, da sie uns anzeigen, ob unsere Bedürfnisse erfüllt werden oder nicht, und uns dann entsprechend handeln lassen. Es geht also nicht darum, keine Klimaangst oder andere Klimagefühle zu haben, da wir ja

sonst gar nicht begreifen würden, wie ernst die Lage für unser menschliches Überleben auf dem Planeten tatsächlich ist. Andererseits ist es wichtig, dass wir uns nicht von unseren Gefühlen überwältigen oder lähmen lassen. Erfahrungsgemäß ist es da sehr hilfreich, andere Menschen zu finden, mit denen es möglich ist, diese Gefühle zu teilen. Die Erfahrung, nicht allein damit zu sein, kann sehr entlasten. Und wir können überlegen, was wir persönlich tun können, um einen Beitrag zu leisten für Klima- und Umweltschutz. Das kann je nach persönlichen Ressourcen und Interessen ganz unterschiedlich sein: von Geld spenden, Müll sammeln bis selbst politisch aktiv werden. Durch das eigene Handeln kann ein Gefühl der Selbstwirksamkeit entstehen, das uns weniger hilflos und ängstlich macht und motiviert, weiter aktiv zu bleiben. Oft ist es auch hier gut, sich gleichgesinnte Menschen oder Gruppen zu suchen. Gemeinsam sind wir effektiver und haben meistens auch mehr Spaß!

Was verstehen Sie unter Klimagerechtigkeit?

Der menschengemachte Klimawandel wird verursacht durch die Treibhausgasemissionen, für die zu einem überwältigend großen Anteil die Gesellschaften im Globalen Norden verantwortlich sind, während die bereits heute schon spürbaren Folgen des Klimawandels vor allem die Menschen im



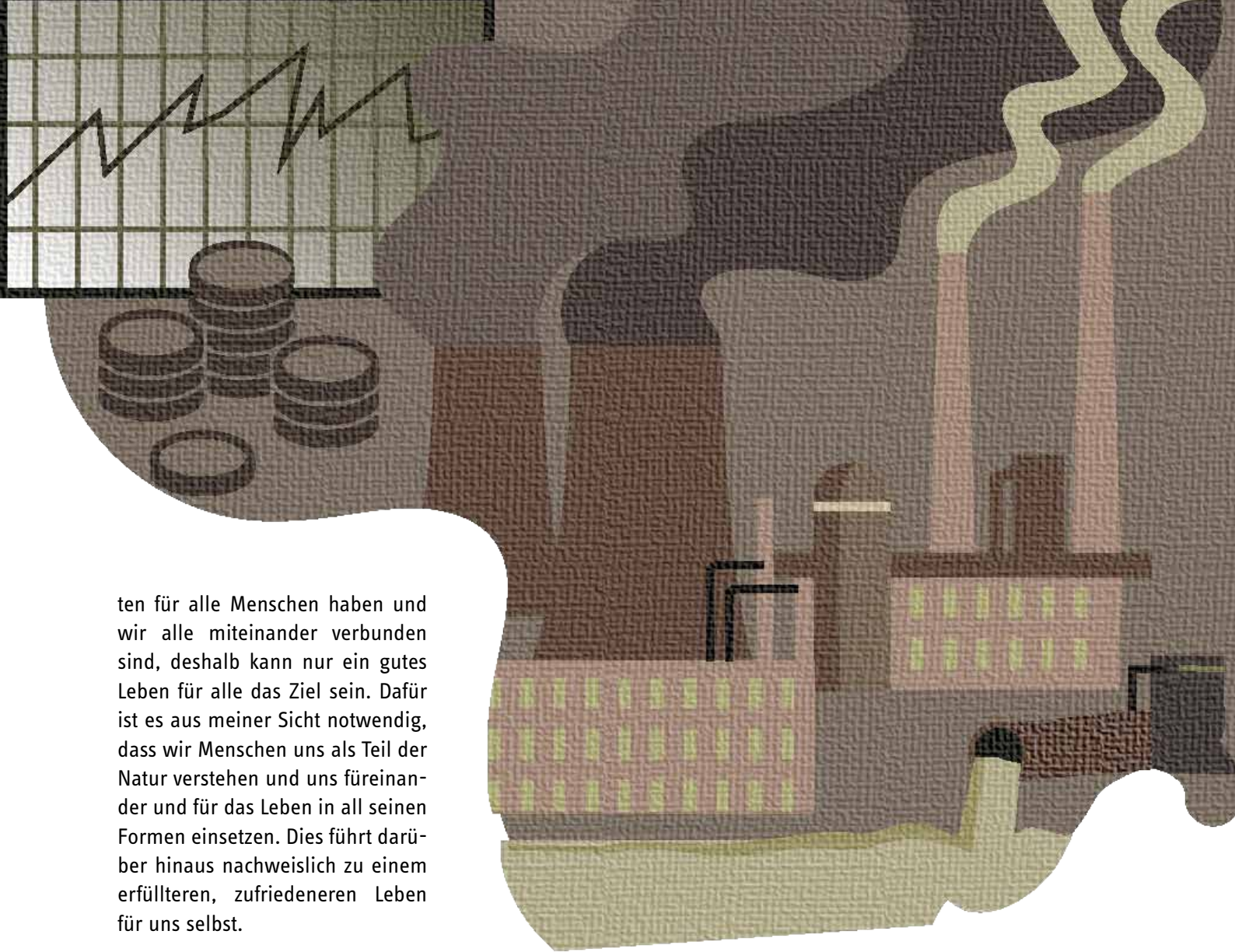
Foto: privat

Psychotherapeutin Elaine Suwito

Globalen Süden treffen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Klimagerechtigkeit bedeutet, diese Tatsache anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Das heißt konkret, dass die wohlhabenden Industrienationen die ihnen zufallende Verantwortung übernehmen und nicht nur jetzt so schnell wie möglich ihre Emissionen reduzieren, sondern gleichzeitig für die schon entstehenden Schäden in benachteiligten Regionen aufkommen sowie diese dabei unterstützen, sich an die zukünftigen klimatischen Veränderungen bestmöglich anzupassen.

Was ist Ihnen sonst noch zum Thema wichtig?

Die Klimakatastrophe macht uns deutlich, dass wir nur einen Plane-



ten für alle Menschen haben und wir alle miteinander verbunden sind, deshalb kann nur ein gutes Leben für alle das Ziel sein. Dafür ist es aus meiner Sicht notwendig, dass wir Menschen uns als Teil der Natur verstehen und uns füreinander und für das Leben in all seinen Formen einsetzen. Dies führt darüber hinaus nachweislich zu einem erfüllteren, zufriedeneren Leben für uns selbst.

Warum engagieren Sie sich bei Psychologists/Psychotherapists For Future, was genau machen Sie da?

Bei Psy4F kann ich meine Kompetenzen als Psychologin und Psychotherapeutin einbringen, um zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen. Denn die Klimakrise ist letztlich auch ein psychologisches Problem: Wir handeln als Menschheit nicht so, wie es eigentlich notwendig wäre, obwohl wir wissen, was zu tun wäre. Psychologisches Wissen kann helfen, dies zu verändern, beispielsweise durch die Art der Kommunikation. Dazu bieten Psy4F Vorträge, Workshops und ähnliches an. Außerdem geht es um psychologische Unterstützung für Menschen, die durch die Klima-

katastrophe verunsichert sind oder sich überfordert fühlen oder durch ihren Aktivismus in Konflikte geraten oder an Grenzen stoßen. Hier bin ich Teil einer Gruppe, die kostenfreie Beratung anbietet. Aktuell initiiere ich mit unserer Regionalgruppe Nürnberg-Fürth-Erlangen ein regelmäßiges Klimacafé. Das heißt, wir bieten einen geschützten Raum, in dem wir in entspannter Atmosphäre dazu einladen, uns über unsere Gedanken und Gefühle zur Klimakatastrophe auszutauschen. Dadurch können wir Verbundenheit und Entlastung erleben.

Interview: Gisela Voltz

„Die Industrieländer müssen über bloße Versprechungen hinausgehen“

Interview mit Warime Gutu, Kampagnenkoordinator für die Umwelt- und Klimakampagne der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG), über die Klima-Situation in Papua-Neuguinea und darüber, was aus seiner Sicht notwendig wäre, damit sich diese Situation verbessert.

Wie bekommt Papua-Neuguinea den Klimawandel zu spüren?

Warime Gutu: Papua-Neuguinea (PNG) liegt südlich des Äquators und ist landschaftlich und klimatisch sehr vielfältig: Es gibt Inseln, Küsten und Atolle, Savannengrasland, tropischen Regenwald und Hochland mit bis zu 4.000 Meter hohen Bergen. Diese Vielfalt spiegelt sich in einem Spektrum von Klimazonen wider. Die Temperaturen variieren zwischen 10 und 15 Grad Celsius im Hochland und 25 bis 38 Grad Celsius im Flachland.

Angesichts dieser Vielfalt sind die Auswirkungen des Klimawandels in PNG nicht einheitlich. Jede Region ist mit anderen Herausforderungen konfrontiert.

In den Küstengebieten sowie auf den Inseln und Atolle sorgt der steigende Meeresspiegel für Überschwemmungen an den Küsten, verunreinigt Süßwasserquellen und stört die Landwirtschaft, insbesondere auf kleinen Inseln mit begrenzten Ressourcen. Intensive und anhaltende Fluten bedrohen Küstengemeinden. Die Erwärmung des Wassers bedroht das Leben im Meer und beeinträchtigt die Ernährungssicherheit und traditionelle

Praktiken. Veränderte Wassertemperaturen drängen Fische weiter weg und erhöhen das Risiko, nach gefährdeten Gruppen zu jagen. Zudem behindert extremes Wetter mit stärkeren Winden und rauer See den Transport, die Fischerei und soziale Aktivitäten.

Auf dem Festland trocknet durch anhaltende Dürren die Vegetation aus und die Wasserquellen versiegen – mit negativen Folgen für die Nahrungsmittelproduktion. Plötzliche Regengüsse in den Bergen lösen intensive Überschwemmungen in den Tälern aus, die Ernten beschädigen, Verkehrswege blockieren und beschädigen sowie Wasserquellen kontaminieren. Starke Regenfälle spülen zudem fruchtbaren Mutterboden weg, wodurch die Produktivität und die Artenvielfalt verringert werden.

Steigende Temperaturen fördern die Migration von Pflanzen und Insekten aus tieferen Lagen und bringen im Hochland neue Gesundheitsrisiken wie Malaria mit sich. Längere Kälteperioden im Hochland verursachen Frostschäden an Pflanzen und Wasserquellen. Die veränderten Lebensbedingungen zwingen Tiere zur Wanderung und zur Suche nach neuen Lebensräumen. Für die Ernährungssicherung durch Jagd ist das ein wachsendes Problem.

Wer sind aus Ihrer Sicht die Verursacher*innen des Klimawandels?

Hauptsächlich sehe ich politische und wirtschaftliche Entscheidungs-



träger*innen auf allen Ebenen in der Verantwortung:

Lokale Behörden nehmen mit ihren Entscheidungen in Bezug auf Landnutzung, Verkehr und Infrastrukturentwicklung Einfluss auf Emissionen und Klimaresilienz. Lokale und nationale Regierungen und Unternehmen sind auch für die Umsetzung internationaler Verträge und Vereinbarungen zum Klimawandel verantwortlich. Aber auch Verbraucher*innen können mit ihren Entscheidungen in Bezug auf Energieverbrauch, Transport und Verbrauch von Waren und Dienstleistungen Einfluss nehmen.

Welche Folgen hat die Ausbeutung der Ressourcen in PNG?

In Papua-Neuguinea sind fast 80 Prozent der Bevölkerung zum Überleben auf die Artenvielfalt angewiesen. Angesichts dessen stellt die Ressourcenausbeutung ein komplexes Dilemma dar. Obwohl sie Wirtschaftswachstum verspricht, ist sie oft mit hohen Kosten und Problemen verbunden, insbesondere für Gemeinschaften, die stark von der Natur und einer Lebensweise abhängig sind, die nicht auf Bargeldverkehr basiert. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist aus meiner Sicht die anhaltend schwache

Umsetzung von Landgesetzen, Umweltgesetzen und Abfallwirtschaftsgesetzen. So werden die Voraussetzungen für Ausbeutung und andere Probleme geschaffen.

Die Ausbeutung von Ressourcen hat einige Konsequenzen:

Die nicht nachhaltige Ressourcengewinnung stört Ökosysteme und gefährdet die Ernährungssicherheit, den Zugang zu Wasser und traditionelle Lebensgrundlagen. Das macht Gemeinschaften verwundbar und zwingt sie in ausbeuterische Situationen.

Der Zufluss von Bargeld kann soziale Strukturen und Werte schwächen, was zu erhöhtem Alkoholmissbrauch, Prostitution und dem Zerfall von Familien führt. Junge Menschen, die durch schnelles Geld angelockt werden, geraten in Versuchung, ihre Ausbildung aufzugeben. Übrig bleibt oft ein Gefühl der kulturellen Enteignung. Traditionelle Lebensweisen werden ausgehöhlt.

Zudem birgt die „Illusion des billigen Geldes“ für Einzelpersonen und Gemeinschaften die Gefahr der Verschuldung. Das wiederum führt zu einer Abhängigkeit von der Ressourcengewinnung und setzt den Kreislauf der Verwundbarkeit fort.

Rohstoffunternehmen arbeiten oft auf traditionellem Land ohne angemessene Konsultation oder Entschädigung. Landraub, Vertreibung und Konflikte gehen dann mit der Ausbeutung von Ressourcen einher. Dies untergräbt das Vertrauen in die Behörden und verschärft bestehende soziale Spannungen.

Und nicht zuletzt: Nicht nachhaltige Praktiken führen zu Entwaldung, Umweltverschmutzung und Verlust der biologischen Vielfalt, tragen zum Klimawandel bei und

gefährden die Lebensgrundlage von zukünftigen Generationen.

Wer profitiert davon? Und: Ist das gerecht?

Trotz des Versprechens, den nationalen Wohlstand durch den Abbau von Ressourcen zu steigern, bleibt in Papua-Neuguinea eine bittere Realität bestehen: Viele Bürger*innen sehen wenig Nutzen in ihren Gemeinden. Während angeblich Millionen und Milliarden erwirtschaftet werden, zeichnen Entwicklungsindikatoren ein anderes Bild. Die Alphabetisierungsrate sinkt, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch und soziale Probleme wie Kriminalität, Gewalt und Drogenmissbrauch bleiben bestehen.

Die Daten deuten auf eine konzentrierte Verteilung des Reichtums hin, die weit von der versprochenen gerechten Verteilung entfernt ist. Investoren und hochrangige Beamte scheinen den Löwenanteil für sich zu beanspruchen, während die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die auf die biologische Vielfalt angewiesen ist, noch mehr zu kämpfen hat. Dieses System zehrt an Ressourcen und hinterlässt wenig wirklich positive Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der Menschen in Papua-Neuguinea oder sonstigen nachhaltigen, langfristigen Nutzen für unser Land.

Warum und wie engagiert sich die ELC-PNG im Widerstand gegen Tiefseebergbau, Verklappung von Abraum und andere umweltbelastende und gesundheitsgefährdende ökonomische Aktivitäten?

Die Evangelisch-Lutherische Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) stellt sich entschieden gegen Tiefseebergbau, Abraum-Entsorgung

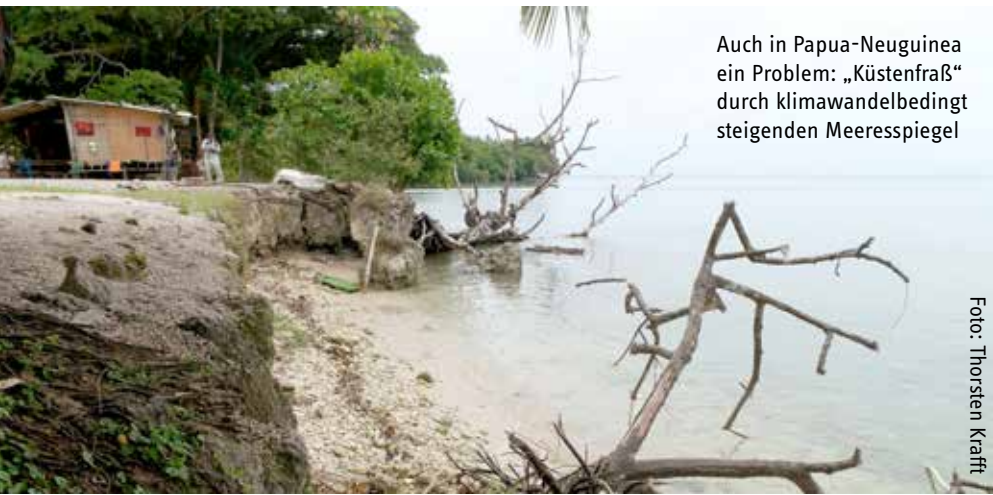
und andere umweltschädliche Aktivitäten. Diese unerschütterliche Haltung, angetrieben von unserer tief verwurzelten moralischen Verantwortung und unserem Engagement für ökologische und soziale Gerechtigkeit, zwingt uns, aktiv Widerstand zu leisten und uns für eine nachhaltige Zukunft einzusetzen.

Wir konzentrieren uns darauf, Bewusstsein für das Thema zu schärfen und die Stimmen der von diesen schädlichen Aktivitäten betroffenen Gemeinschaften zu verstärken. Das Büro des Bischofs beteiligt sich aktiv an Diskussionen und Kampagnen gegen Tiefsee-Tailing und andere Praktiken, die die Lebensgrundlage gefährdeter Gemeinschaften bedrohen.

Wir vernetzen uns und arbeiten mit anderen lokalen und internationalen NGOs zusammen, mit Organisationen, die unsere Vision eines gesunden Planeten und gerechter Gesellschaften teilen. Indem wir unsere Kräfte bündeln, verstärken wir die Stimmen der Gemeinschaften auf der nationalen und möglicherweise auch auf der globalen Bühne und stellen sicher, dass das Thema im Vordergrund des öffentlichen Diskurses bleibt. Unsere Solidarität erstreckt sich auch auf andere Organisationen, die gegen schädliche Praktiken kämpfen, und sendet eine starke Botschaft, dass wir gemeinsam positive Veränderungen bewirken können.

Was müsste sich in PNG ändern, um diesen Raubbau zu stoppen?

Wir brauchen schärfere Gesetze und Vorschriften: Die Umsetzung strengerer und konsequenter durchgesetzter Gesetze zur Ressourcengewinnung, zum Umweltschutz und zu Landrechten ist von entscheidender Bedeutung. Dazu



Auch in Papua-Neuguinea ein Problem: „Küstenfraß“ durch klimawandelbedingt steigenden Meeresspiegel

Foto: Thorsten Krafft

gehört die Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Erteilung von Genehmigungen und die Überwachung der Einhaltung. Die Stärkung und aktive Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in politische Entscheidungsprozesse kann unterschiedliche Perspektiven einbringen und eine größere Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gewährleisten. Ebenso notwendig ist die stärkere Sensibilisierung und Beteiligung der Öffentlichkeit.

Was müsste sich weltweit ändern?

Die Industrieländer müssen über bloße Versprechungen hinausgehen und konkrete Maßnahmen zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs und zur Förderung nachhaltiger Praktiken entwickeln. Dazu gehören Investitionen in erneuerbare Energien, die Förderung nachhaltiger Produktions- und Verbrauchsmuster sowie die Bereitstellung finanzieller und technischer Hilfe für Länder im Globalen Süden.

Verbraucher*innen auf der ganzen Welt müssen einen nachhaltigeren Lebensstil annehmen und sich für erneuerbare und umweltfreundliche Waren und Dienstleistungen entscheiden. Dies erfordert die

Förderung von Bewusstsein, Aufklärung und zugänglichen Alternativen.

Die Industrienationen müssen den unfairen Vorteil anerkennen, den sie durch die Ausbeutung von Ressourcen in der Vergangenheit erlangt haben. Offener Dialog, Technologietransfer und gleichberechtigte Partnerschaften sind entscheidend, um die wahrgenommene Kluft zu überbrücken und die Zusammenarbeit zu fördern.

Die Entwicklung einfacherer und nachhaltigerer Praktiken zur Ressourcengewinnung durch internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit kann sowohl Industrieländern als auch Ländern des Globalen Südens zugutekommen. Dies erfordert verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung, wobei der Schwerpunkt auf Effizienz, Minimierung der Umweltbelastung und verantwortungsvollem Ressourcenmanagement liegen muss.

Wie können die Menschen, die Kirchen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa aus Ihrer Sicht dazu beitragen, die weltweite (Klima-)Ungerechtigkeit zu beenden? Was sollen sie von ihren Regierungen fordern?

Fordern Sie Ihre Regierung auf, strengere Richtlinien für den Konsum von Waren und Dienstleistungen durch Einzelpersonen und durch Unternehmen zu schaffen, umzusetzen und zu regulieren und erneuerbare und nachhaltige Optionen aktiv zu fördern. Dazu gehören Maßnahmen, die Anreize für nachhaltige Entscheidungen schaffen und nicht-nachhaltige Praktiken verhindern.

Fordern Sie, dass Produktions- und Konsummuster mit dem kritischen Zustand unseres Planeten in Einklang gebracht werden. Dies erfordert umfassende politische Maßnahmen, die sich mit den Umweltauswirkungen von Produktion und Verbrauch in allen Sektoren befassen.

Fordern Sie Ihre Regierung auf, mit den Ländern des Globalen Südens zusammenzuarbeiten, um Entwicklungsansätze zu entwickeln, die die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Abhängigkeit von umwelt- und klimaschädlichen Methoden, Gütern und Dienstleistungen verhindern. Dazu gehört die Priorisierung nachhaltiger Entwicklungsmodelle, des Technologietransfers und der finanziellen Unterstützung.

Fordern Sie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens, um die Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung anzugehen, und erkennen Sie an, dass viele Entwicklungsländer mit unverhältnismäßigen Auswirkungen konfrontiert sind, obwohl sie weniger zu dem Problem beitragen. Notwendig sind gemeinsame Anstrengungen für Klimaschutz, Anpassung und Klimagerechtigkeit.

Interview: Thorsten Krafft

Ziel: 10.000 neue Mangroven am Indischen Ozean

Maro Micah Maua ist Sonderbeauftragter für Klimagerechtigkeit in Kenia. Dass der Pfarrerssohn sich auf vielen Ebenen so vehement für dieses Thema engagiert, geht auch auf das zurück, was er in seiner Kindheit erlebt hat.

„Verteilungskonflikte“ ist für ihn nicht nur ein Wort. Zusammen mit seinen fünf Geschwistern hat Maro Maua als Kind hautnah mitbekommen, wie die Pokomo und die Oromo in Kenias nördlichem Küstenbezirk Tana River, unweit der somalischen Grenze, um Wasser stritten. Ebenso hat der heute 29-Jährige schon früh in seinem Leben erfahren, wie es ist, wenn das Wasser eines Flusses plötzlich über die Ufer tritt und alles zerstört: „Eines Tages, kurz vor Ende der Schulferien, hörte ich Schreie unserer Nachbarn. Es waren Warnrufe an alle, sich in Sicherheit zu bringen. Der Fluss Tana war über die Ufer getreten und das Wasser floss in die Siedlung. Vor dem Haus war es bereits auf Knöchelhöhe. Wir mussten schnell all unsere Habseligkeiten packen und für zwei Wochen landeinwärts auf höher gelegenen Terrain zelten und auf Hilfe der Regierung und von Hilfsorganisationen warten. In dieser Zeit konnte ich an nichts anderes mehr als an die Sicherheit meiner Familie, an Nahrung, an Unterkunft und an Kleidung denken. Da alle Straßen beschädigt waren, dauerte es Wochen, bis ich wieder zurück zur Schule konnte.“ Diese Erfahrungen, sagt Maro Maua, seien für sein heutiges En-



Auf internationalem Parkett: Maro Maua als Delegierter bei der COP28

gagement in Sachen Klimagerechtigkeit enorm wichtig.

Seine Ausbildung begann im lutherischen Kindergarten der Küstenstadt Mombasa. Dort arbeitete sein Vater als Pfarrer. Mit 11 Jahren kam er in ein Internat, fiel durch gute schulische Leistungen auf und ging seinen Weg bis zur Technischen Universität von Kenia in der Hauptstadt Nairobi. 2014 graduierte er mit einem Bachelor in Industrieller und Angewandter Chemie (Bachelor of Technology).

Während dieser Zeit engagierte Maua sich in der Jugendarbeit der Kenianischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (KELC), bekleidete Ämter in der Jugendleitung auf regionaler wie auf nationaler Ebene und stellte fest: „Der Dienst in der Kirche prägt die moralische Autorität und formt die Werte und die Ethik, die von einer Gesellschaft erwartet werden. Kirche als Insti-

tution spielt eine proaktive Rolle bei der Gestaltung eines gerechten, friedlichen und transformativen Lebensstils in der Gesellschaft.“ Dass die KELC dabei ganz auf die Talente, die Fähigkeiten und das Fachwissen ihrer Jugend setzt und sie fördert, mache ihn „stolz“, sagt er.

An der Universität meldete er sich für ein Mentorenprogramm zum Thema „Klimawandel und Umwelt“ für jüngere Schülerinnen und Schüler. Dieses Engagement wurde zu seiner Passion: „Die Bekämpfung des Klimawandels ist von entscheidender Bedeutung, da sie alle anderen Ziele für nachhaltige Entwicklung miteinander verknüpft und zur Verwirklichung dieser Ziele beiträgt“, ist der Aktivist überzeugt. Um die Transformation in Gang zu bringen, vertritt er seine Positionen pointiert. Das hat ihm viel Anerkennung gebracht: Heute ist Maro Maua Vorsitzender des Klimawandel-Komitees der



Foto: privat

Auch in der Praxis engagiert: Maro Maua pflanzt Mangroven

KELC. Zudem ist er Ansprechpartner für den Tana River Bezirk und für die kenianische Regierung, wenn es um Klimaschutz und Jugendinitiativen geht.

Als Jugenddelegierter seiner Kirche beim Lutherischen Weltbund nahm er 2021 zum ersten Mal an einer Weltklimakonferenz teil. Es war die COP26 in Glasgow. Maro Maua war virtuell dabei. Ein Jahr später in Ägypten war er vor Ort und einer der Redner*innen. Dabei, erinnert er sich, habe er erlebt „welch entscheidende Rolle glaubensbasierte Organisationen und vor allem die Jugend bei der Gestaltung der Entscheidungen spielen.“

Weniger gut sind seine Eindrücke von der 28. UN Klimakonferenz in Dubai: „Schon die Kommunikation war frustrierend, weil WhatsApp-Anrufe deaktiviert waren. Zudem musste man für jede Nebenveranstaltung die Genehmigung des Ministeriums für Toleranz einholen. Demonstrationen wa-

ren nicht zugelassen.“ Doch Maro Maua ist niemand, der den Kopf in den Sand steckt: „In der letzten Woche setzten wir Klimaaktivist*innen uns über alle Regeln hinweg und demonstrierten gegen Umweltverschmutzer und ihre Komplizen“, erzählt er.

Was die Wirkung seines Engagements auf seine kenianischen Landsleute angeht, ist Maro Maua optimistisch: „Immer mehr Menschen sind auf den Klimawandel aufmerksam geworden. Immer mehr Menschen steigen auf erneuerbare Energiequellen um. Die Menschen schützen die Artenvielfalt im Ozean und an Land, indem sie einheimische Bäume und Mangrovensetzlinge pflanzen. Abholzung gibt es immer seltener. Dafür machen sich immer mehr Gemeinden Gedanken über verantwortungsvolle Abfallentsorgung. Die Fortschritte sind enorm.“

Er selbst engagiert sich nicht nur in Gremien, sondern auch ganz praktisch und an allen Ecken und Enden, die mit Klimaschutz und Selbstermächtigung zu tun haben. Bis heute hat Maro Maua nach eigener Aussage „über 5000 Mangrovenbäume gepflanzt“. Und das soll weiter gehen: Noch in diesem Jahr will er weitere 10.000 Mangrovensetzlinge pflanzen. Zudem will der Aktivist bis August diesen Jahres eine Stiftung gründen, die sich ausschließlich auf die Förderung lokal geführter Initiativen konzentrieren soll. Er plant eine Kampagne für Nulltoleranz gegen Plastikverschmutzung in den Küstenbezirken und er will bei Landwirt*innen für nachhaltige Landwirtschaft werben, und sie dafür auch mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln wie Saatgut, Werkzeugen und Maschinen

unterstützen. Als wäre das alles noch nicht genug, ist da noch sein Postgraduiertenstudium in Klimawandel- und Umweltpolitik. „Das möchte ich fortzusetzen, damit ich kompetenter werde. Denn ich beabsichtige, noch anspruchsvollere und herausforderndere internationale Rollen zu übernehmen“, kündigt er an. Nebenbei, so Maua, findet er aber auch Zeit für seine Hobbys Sport, Musik, Kochen und Reisen.

Die COP29 im November 2024 in Baku/Aserbeidschan hat der Aktivist fest im Blick. Bereits die Vorkonferenz von 3. bis 13. Juni in Bonn will er aufmerksam verfolgen. „Die Sitzungen des Zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses zur Entwicklung eines Plastikvertrags sind enorm wegweisend.“

Ohne Zweifel: Maro Maua hat noch einiges vor. Und wer ihn kennt, wird bestätigen: Maro kommuniziert gern. Bereitwillig steht er Rede und Antwort zu den Themen, für die er brennt. Seine Einladung: „Sollten Leserinnen und Leser mit mir in Kontakt treten, Feedback geben, Partner*innen sein oder meine Arbeit unterstützen wollen, können sie sich über meine WhatsApp-Nummer +254 729014882 oder meine E-Mail-Adresse maua.maro@yahoo.com melden.“

Klaus Dotzer

Maro Maua in den sozialen Medien:

-  @MaroMaua
-  @maua_maro
-  @maro_maua

Ein gutes Leben für alle Menschen

Der Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta ist ehemaliger Minister und Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors. Er hat sich intensiv mit Fragen der Wirtschaft und mit Entwicklungspolitik sowie mit Alternativen zu herkömmlichen Herangehensweisen auf diesen Gebieten auseinandergesetzt. Im Interview erklärt der 75-Jährige, was es mit „Buen Vivir“ und „Pluriversum“ auf sich hat.

Sie sprechen sich für das Recht auf ein gutes Leben („Buen Vivir“) aus.

Was verstehen Sie darunter und wie kann es erreicht werden?

Alberto Acosta: Buen Vivir ist Erleben, nicht eine Theorie oder ein Modell. Es erzählt uns von der Existenz von Werten, Weltanschauungen, Erfahrungen und Praktiken aus indigenen Kulturen in der ganzen Welt, die nicht in die Logik der Moderne passen. Darum sagen wir, dass Buen Vivir keine Entwicklungsalternative darstellt, sondern viel mehr eine Alternative zur Entwicklung.

Buen Vivir spricht zu uns von der Fülle des Lebens; vom Leben des Menschen im Gleichgewicht mit sich selbst, vom Leben des Menschen in Harmonie, in seiner Gemeinschaft und auch zwischen Gemeinschaften und vor allem vom harmonischen Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft mit der Natur.

Dieses Buen Vivir aus den indigenen Kulturen kann man nicht ko-

pieren und weltweit übertragen. Aber es gibt uns einige Grundpfeiler. Erstens brauchen wir einen starken Gemeinschaftssinn, zweitens eine sehr tiefe Naturverbundenheit und drittens Beziehungen, die auf Solidarität, Respekt, Gegenseitigkeit und Empathie basieren. Wir sollten andere Menschen als eine Verheißung und nicht als eine Bedrohung betrachten.

Was verbirgt sich hinter dem Namen „Pluriversum“ und worum geht es dabei?

„Pluriversum“ sagt uns in sehr einfachen Worten, dass es nicht nur ein einziges Universum gibt, verstanden als eine einzige Art, die Welt zu sehen und zu organisieren. In der heutigen Welt gibt es viele Welten, das heißt, viele Möglichkeiten, das Leben zu verstehen und das Leben anders zu gestalten. Wenn wir also das „Pluriversum“ vorschlagen, denken wir an eine Welt, in der es Platz für viele Welten gibt. Diese sollten aber alle den Menschen wie auch den nichtmenschlichen Lebewesen das Leben in Würde garantieren.

Das bedeutet, dass wir die sogenannten Externalisierungsgesellschaften unterbinden müssen. Wir meinen damit Gesellschaften, die nur auf Kosten von anderen Gesellschaften und der Natur ihr hohes Lebensniveau aufrechterhalten können.

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Hindernisse auf



dem Weg zu einer gerechteren und nachhaltigeren Welt, und was sind die größten Chancen, dies zu erreichen?

Eines der größten Probleme ist der Glaube, dass es keine Alternativen gibt, und dass es nur eine erstrebenswerte Lebensweise gibt. Ebenso pervers ist es, uns selbst für die Krone der Schöpfung zu halten, während wir in Wirklichkeit zur Krone der Erschöpfung geworden sind. Das Leben als isolierte Individuen, also als Individuen ohne Gemeinschaft, das Ich ohne das Wir, ist ein weiteres großes Hindernis.

Die Möglichkeiten sind überall auf der Welt, aber wir müssen, bildlich gesprochen, stillstehen, um auf die vielen anderen Welten zu hören, die überall auf dem Planeten atmen und handeln. Die Herausforderung besteht darin, diese Lösungen von unten nach oben zu bringen; wir müssen auf allen strategischen Handlungsebenen handeln, von der lokalen bis zur globalen, ohne die Bedeutung der nationalen und regionalen Ebene zu minimieren. Und wir müssen heute und hier handeln, weil wir nicht tatenlos abwarten können, bis die Mächtigen in der Politik und in der Wirtschaft ihre Haltung,

ihre Politiken und den Kurs selbst grundlegend ändern.

Was ist Ihre persönliche Motivation, warum setzen Sie sich für das Recht auf ein gutes Leben für alle Menschen ein?

Seit meiner Kindheit wurde ich von meinen Eltern gelehrt, nach der Wahrheit zu suchen. Auf diesem Weg habe ich auch gelernt, an all den grandiosen Theorien zu zweifeln, die noch heute einen Schatten auf uns werfen.

Vor mehr als 50 Jahren habe ich in Deutschland studiert. Die Entwicklungstheorien waren für mich ein sehr wichtiges Thema. Meine Entwicklungsziele waren Länder wie Deutschland. Damals war ich fest überzeugt, dass wir uns entwickeln müssten: Entwicklung galt seit Mitte des 20. Jahrhunderts und gilt immer noch als ein globales Mandat. Viele Jahre später, als Professor im Bereich

Entwicklungstheorien, habe ich verstanden, dass die Entwicklung ein Gespenst ist. Ich habe auch verstanden, dass Lösungen immer und überall zu finden sind.

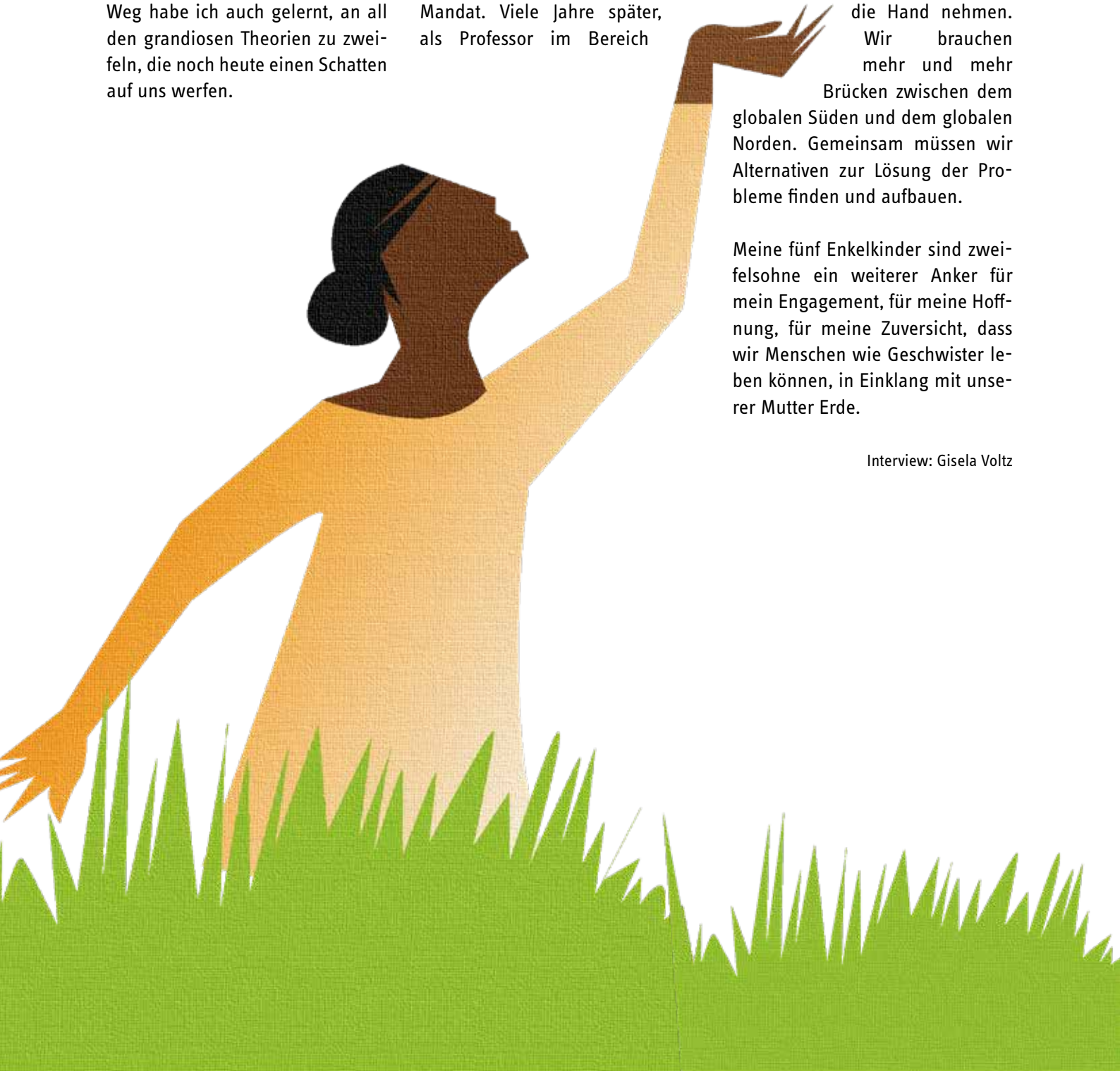
Im Übrigen schätze ich immer mehr die gemeinsame Arbeit verschiedener Gruppen von Menschen, die ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen.

Wir brauchen mehr und mehr

Brücken zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden. Gemeinsam müssen wir Alternativen zur Lösung der Probleme finden und aufbauen.

Meine fünf Enkelkinder sind zweifelsohne ein weiterer Anker für mein Engagement, für meine Hoffnung, für meine Zuversicht, dass wir Menschen wie Geschwister leben können, in Einklang mit unserer Mutter Erde.

Interview: Gisela Voltz



Handabdruck statt Fußabdruck

Mit dem Handabdruck strukturelle Veränderungen anstoßen

Das zunehmende Wissen über die Klima- und Biodiversitätskrise sowie globale Ungerechtigkeiten führt oft nicht zwangsläufig zu einem nachhaltigeren Verhalten. Viele Menschen nehmen an, dass sie allein durch individuelle Verhaltensänderungen kaum etwas bewirken können. Zudem stellt in unserer Gesellschaft sozial und ökologisch verantwortliches Verhalten oft die schwierigere, kostspieligere oder weniger offensichtliche Option dar. Strukturelle Rahmenbedingungen erschweren es somit, nachhaltiges Verhalten umzusetzen.

Fußabdruck

Das Konzept des ökologischen Fußabdrucks hatte uns bisher vorgezeichnet, wieviel CO₂ wir beim Kauf verschiedener Produkte oder bei Verhaltensweisen wie Heizen mit fossilen Energien, Autofahren oder Fliegen verbrauchen. Und uns aufgezeigt, in welchen Bereichen Veränderungen besonders nötig sind, um den persönlichen Fußabdruck auf die geforderte Maximalmenge von einer Tonne CO₂-Äquivalenten (CO₂e) pro Kopf zu verringern, die notwendig wäre, um das Pariser Klimaziel von maximal 1,5 Grad Celsius Erderwärmung zu erreichen. Derzeit liegt der durchschnittliche Pro Kopf-Verbrauch in Deutschland bei 10,2 Tonnen CO₂e. (siehe auch: <https://www.bmu.de/media/kohlenstoffdioxid-fussabdruck-pro-kopf-in-deutschland>)

Handabdruck

Das Handabdruck-Konzept stammt ursprünglich aus Indien. Das Centre for Environment Education organisierte in Hyderabad einen Projekttag zum ökologischen Fußabdruck, bei dem Aktionen zum Umweltschutz diskutiert wurden. Die Teilnehmenden sollten ihren Fußabdruck mit Farbe auf ein Plakat drücken. Die 10-jährige Srija entschied sich jedoch dafür, einen Handabdruck zu machen. Sie erklärte, dass sie nicht nur durch ihren Fußabdruck die Erde belastet, sondern auch durch ihre Hände etwas für eine bessere Welt tun kann.

Seitdem wurde das Handabdruck-Konzept in vielfältiger Weise weltweit weiterentwickelt. Inzwischen gibt es ein Global Handprint Network und die verschiedensten Ansätze für Unternehmen, Politik, Gruppen und für die Bildungsarbeit.

Das Handabdruck-Konzept legt den Fokus vor allem auf das Handeln und will Menschen wie Institutionen positiv zum gemeinsamen nachhaltigen Agieren anregen. Nicht das individuelle Verhalten steht im Vordergrund, sondern das gemeinschaftliche Tun und das Anstoßen von Veränderungen insbesondere auf der strukturellen Ebene.



Beispielsweise ist die persönliche Entscheidung, vegan oder vegetarisch zu essen, im Alltag manchmal schwer umzusetzen, wenn es in Kantinen, Restaurants oder bei Sommerfesten oder Firmenfeiern kein entsprechendes Angebot gibt. Der Wunsch, saisonale und regionale Lebensmittel einzukaufen, wird durch zu wenig entsprechende Einkaufsmöglichkeiten erschwert. Der Wille, mehr Fahrrad zu fahren, bedeutet angesichts von vielerorts mangelhaften Radwegen noch nicht, genussvoll und sicher Rad fahren zu können.

Es geht also um eine Veränderung der Rahmenbedingungen. Zwei Beispiele: Um Radfahren attraktiver zu machen, müsste ein nachhaltiges Mobilitätskonzept umgesetzt werden, was den Ausbau von sicheren Radwegen und des

öffentlichen Nahverkehrs sowie den Rückbau von Park- und Fahrflächen für Autos bedeuten würde. Damit eine gesunde, umweltverträgliche Ernährungsweise einfach möglich wird, ist der Umbau der landwirtschaftlichen Strukturen hin zu einer regionalen und ökologischen Landwirtschaft notwendig.

Der ökologische Handabdruck ist mehr als nur ein Konzept – er ist eine Chance, die Zukunft unserer Erde zu gestalten. Indem wir positive Maßnahmen fördern und umsetzen, können wir einen nachhaltigen Wandel herbeiführen und einen positiven Beitrag zu Klimagerechtigkeit und Umweltschutz leisten. In der Bildungsarbeit bietet der Handabdruck eine gute Möglichkeit, Menschen zu inspirieren und zu ermächtigen, sich aktiv für eine lebenswerte Zukunft einzusetzen.

Wer seine Handprint-Umsetzungsmöglichkeiten in seinem Umfeld abchecken möchte, kann den Handprint-Test von Brot für die Welt und Germanwatch machen: <http://www.handabdruck.eu/>

Handprint in der KiTa, Schule oder Kirchengemeinde umsetzen

Um auf der strukturellen Ebene konzeptionelle Veränderungen in Richtung von mehr Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit anzustoßen, hat Mission EineWelt gemeinsam mit anderen Akteur*innen verschiedene Programme initiiert.

Eine Welt-Kita fair und global
Kindertagesstätten können sich als EineWelt Kita auszeichnen lassen, wenn sie mit den Kindern prinzipiell faires und nachhaltiges Verhalten im KiTa-Alltag einüben. Die

Mitarbeitenden werden mit Fortbildungsangeboten und Bildungsmaterialien unterstützt. Weitere Infos unter www.eineweltkita.de

Gemeinde fair und nachhaltig



Auch Kirchengemeinden können wichtige Akteurinnen auf dem Weg zu Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit sein und wichtige Veränderungen anstoßen.

Sei es als Verleihstelle eines Lastenrads, als Bienenwiesen-Gestalterin auf gemeindeeigenen Grünflächen, als Begegnungsort mit Menschen aus anderen Ländern, als Ort gelebter Schöpfungsspiritualität, als Verkaufsort fair gehandelter Produkte, als Diskussionsort oder Zukunftsinsel für die Welt von morgen. Kirchengemeinden können sich als Gemeinde fair und nachhaltig auszeichnen lassen und dabei wichtige Handlungsanregungen erhalten, weitere Informationen unter: www.gemeinde-fair-nachhaltig.de

Handyaktion Bayern

Handys raus aus der Schublade! Wohin mit alten, kaputten oder ungenutzten Handys? Handys enthalten über 30 wertvolle Metalle, die über die HandyAktion Bayern dem



fachgerechten Recycling beziehungsweise dem Refurbishment zugeführt werden können (DEKRA-zertifizierte Datenlöschung garantiert). Darüber hinaus gibt es dazu zahlreiche Bildungsmaterialien und Ideen, die für die Bewusstseinsbildung oder für die Konfi-Arbeit ausgeliehen und genutzt werden können. Sam-

melstelle werden und eine Sammelaktion starten sind wertvolle Beiträge zur Ressourcenwende. Weitere Infos unter www.handyaktion-bayern.de



Eine Woche ohne Plastik

Immer in der Fastenzeit im März ruft Mission EineWelt dazu auf, als Kirchengemeinde, Schule, Institution, Verein, Gruppe, Familie oder Einzelperson Plastik einzusparen, wo es geht, und sich über die Erfahrungen damit auszutauschen. Dazu gibt es eine Menge Anregungen und Materialien. Weitere Infos unter: <https://mission-einewelt.de/einewocheohneplastik>

Gisela Voltz

Projekte, Materialien, Multimedia



Auf der Internetseite von Mission EineWelt zum Jahresthema Klimagerechtigkeit finden sich unter anderem auch Berichte über Klimaschutzprojekte in den Partnerkirchen und Materialien für Gottesdienste sowie für die Jugend- und Bildungsarbeit. Dazu gibt es Hinweise auf passende Videos und andere Inhalte.

Die Seite wird fortlaufend aktualisiert. Regelmäßig draufschaun lohnt sich also.

Gutes KLIMA Gutes LEBEN

KLIMASCHUTZ GLOBAL GERECHT

www.mission-einewelt.de/klimagerechtigkeit

Zudem gibt es auf www.mission-einewelt.de unter **AKTUELLE MELDUNGEN** regelmäßig Berichte über die Arbeit von Mission EineWelt und über Ereignisse, die damit zu tun haben.



Impressum

Herausgegeben von Mission EineWelt
Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Postfach 68, 91561 Neuendettelsau
Telefon: 09874 9 - 0
info@mission-einewelt.de
www.mission-einewelt.de

Redaktion: Thomas Nagel
Layout: Heike Halbmann
Druck: www.onlineprinters.de
Erscheinungsjahr: 2024

